

Politiker und Bürger diskutieren über Frauenquote

Heinsberg. «Brauchen wir die Frauenquote, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen?» Antworten auf diese und weitere Fragen zur sogenannten Frauenquote suchten die FDP-Bundestagsabgeordnete Petra Müller und Käte Klüttermann, Frauensprecherin des Heinsberger FDP-Stadtverbandes, zusammen mit rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Diskussionsveranstaltung des Stadtverbandes und der Kreistagsfraktion der FDP in der Heinsberger Gaststätte «Köpi-Eck».

«Ich find's toll, dass so viele Männer da sind», befand Müller zunächst und verteilte auch an die Männer eine Kopie aus dem «Handbuch für die gute Ehefrau» aus dem Jahre 1955. Im Jahre 1950 seien nur 32 Prozent der Abiturienten weiblich gewesen, heute seien es 60 Prozent. Auch die Zahl weiblicher Studenten sei von 19 auf immerhin 44 Prozent gestiegen.



*David Stolz, Käte Klüttermann, Petra Müller und Stefan Lenzen (von links) von der FDP sprechen über die Frauenquote.
Foto: Anna Petra Thomas*

In den DAX-Unternehmen seien allerdings erst acht Prozent der Führungspositionen mit Frauen besetzt. Ähnlich sieht es bei mittelständischen und Nicht-Dax-Unternehmen aus: Dort liege ihr Anteil auch nur bei elf Prozent, monierte sie. Im Ausland dagegen, etwa in Frankreich, Großbritannien, Belgien und Spanien, liege der Frauenanteil bei 30 Prozent. Und in den meisten Ländern gebe es bereits eine Frauenquote.

Entsprechend hätten auch die liberalen Frauen beim jüngsten Bundesparteitag eine 40-prozentige Frauenquote beantragt, die jedoch deutlich abgelehnt worden sei, berichtete Müller als Vorsitzende der liberalen Frauen NRW. Nur 20 Prozent der Delegierten hätten sich für eine Frauenquote in der Bundesgeschäftsordnung ausgesprochen. Sie selbst habe daraufhin eine 30-prozentige Quote ins Gespräch gebracht.

Fazit der Diskussion in Heinsberg war jedoch, dass sich teilnehmende Frauen durch eine Quote tatsächlich eher diskriminiert fühlen würden. So wurde eine Frauenquote in der FDP dann auch bei der Heinsberger Veranstaltung mehrheitlich abgelehnt.

Gefordert wurde, die Rahmenbedingungen für Frauen bis hin zur Chancengleichheit von Mann und Frau zu verbessern, etwa im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf eine verbesserte Kinderbetreuung auch mit Unterstützung von Unternehmen sowie schließlich auch in Bezug auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Quelle: HZ 11.08.2011 (anna)